



## Neues aus dem Verein

*Liebe Mitglieder,  
liebe Freunde und Freundinnen des Vereins*

wieder gibt es einen neuen „alten“ Vorstand im Verein. Auf der Mitgliederversammlung im März wurden erstmalig sechs Vorstandsmitglieder gewählt, wodurch sich das personelle und zeitliche Potential erhöht. Nach dem Ausscheiden von Suna Çiçek freuen wir uns Canan Tunç und Fatih Bayram in unserer Runde begrüßen zu können. Zudem bleiben Michael Tunç, Annette Vesper, Ite Richter und ich (Gerburg Benneker) dem Vorstand erhalten. Nach der außerordentlichen Mitgliederversammlung im September letzten Jahres, auf der die weitere Arbeit des Vereins noch sehr unsicher war, war es für die damals neu gewählten Vorstandsmitglieder auch ein halbes Jahr der Probe. Nach einer intensiven inhaltlichen und organisatorischen Einarbeitung in die vielfältige Arbeit des Vereins ist die Weiterbesetzung besonders erfreulich, denn ein engagierter und auch in der Zusammenarbeit produktiver Vorstand ist eine der wichtigsten Grundlagen, die Ziele des Vereins gemeinsam umzusetzen.

Was gab es sonst noch Neues? Nach dem Kassenbericht und auf Empfehlung der Kassenprüferinnen wurde der alte Vorstand einstimmig entlastet. Laut Finanzplanung für 2004 ergibt sich aufgrund der zu bezahlenden Eigenanteile der drei Projekte voraussichtlich ein Defizit von ca. 7.500,- Euro. Die im Herbst vergangenen Jahres durchgeführte größere Spendenaktion war mit einem Gesamter-

gebnis von 1.700,- Euro nur mit mäßigem Erfolg beschieden. Die Einwerbung von Bußgeldern durch das Anschreiben von Amtsrichtern hatte bislang leider überhaupt keinen Erfolg. Somit ist die finanzielle Grundlage des Vereins auch für dieses Jahr unsicher und ein Problem, mit dem sich der Vorstand intensiv beschäftigen wird. Eine geplante Benefizveranstaltung im Herbst soll einen Teil des Defizits abdecken – die Vorbereitungen laufen.

Der Verein hat derzeit 214 eingetragene Mitglieder, von denen jedoch nur ca. 130 regelmäßige finanzielle Beiträge leisten. 2003 gab es sechs Austritte und genau so viele Eintritte.



*Verleihung der Hauptpreise des Kindermalwettbewerbs von ÖgG beim Solidaritätsfest auf der Keupstraße am 11. Juli, siehe Bericht Seite 7*

Die Mitgliederversammlung beschließt, die interessierten nicht zahlenden Mitglieder direkt anzuschreiben und auf das Versäumnis einer Beitragszahlung aufmerksam zu machen. Der jährliche Mitgliedsbeitrag beläuft sich nach der neuen Satzung auf mindestens 20,- Euro bzw. ermäßigt 15,- Euro.

Nach dem Bericht und einem Austausch über die inhaltliche und auch zukünftige Arbeit der Projekte (siehe folgende Seiten) wurde der geänderte Satzungsentwurf von den Anwesenden diskutiert und die veränderten Punkte einzeln abgestimmt. Die neue Satzung können Sie auf unserer Homepage ([www.oegg.de](http://www.oegg.de)) nachlesen.

Eine kontroverse Diskussion gab es bei der vom Vorstand vorgeschlagenen Beschreibung der „Ziele und Zwecke des Vereins“ – leider konnte in diesem Punkt keine Einigung erzielt werden, so dass der bisherige Text belassen wird und Änderungen im nächsten Jahr erneut auf die Tagesordnung kommen.

Zum Schluss noch eine persönliche Bemerkung. Zu der Mitgliederversammlung kamen „lediglich“ 16 Mitglieder, wobei der Vorstand bzw. die Vorstandskandidat/-innen noch abgezogen werden müssten. Eine traurige, aber nicht weg zu redende Bilanz. Im Verein überwiegt immer mehr der Anteil der passiven Unterstützer/innen – dies ist ein Appell an den Vorstand, den Versuch zu starten, die vorhandenen Mitglieder oder auch Neue zu aktiver Teilnahme zu motivieren – mit dem Bewusstsein, dass dieses kein leichtes Unterfangen ist. Hiermit möchte ich Sie als Mitglied nochmals direkt persönlich ansprechen: Wir freuen uns auf jede/n Einzelne/n, der Interesse an der Arbeit von ÖgG hat und sich mit uns austauschen möchte. Sie sind herzlich eingeladen!

*Gerburg Benneker*

### Inhalt in Kürze:

Antidiskriminierungsarbeit in Köln: gesellschaftlich immer mehr verankert . . . . .	2
Entimon-Projekt: Herkunft prägt Berufschancen . . . . .	5
Anschlag gegen die ganze Keupstraße! . . . . .	6
Solidaritätsfest der Keupstraße gegen Hass und Gewalt . . .	7



# Antidiskriminierungsarbeit in Köln: gesellschaftlich immer mehr verankert

## Das Antidiskriminierungsgesetz – eine unendliche Geschichte

Das AntiDiskriminierungsBüro (ADB) Köln von ÖgG hat sich verstärkt auf die Öffentlichkeitsarbeit konzentriert. Während nun alle EU-Mitgliedsstaaten ein Antidiskriminierungsgesetz (ADG) auf der Grundlage der EU-Richtlinien umgesetzt bzw. einen konkreten Gesetzentwurf vorgelegt haben, bleibt Deutschland das europäische Schlusslicht. Die EU-Kommission hat nunmehr ein Vertragsverletzungsverfahren gegen die deutsche Regierung aufgrund der Nichtumsetzung eingeleitet.

Der „Werdegang“ des ADG ähnelt dem des Zuwanderungsgesetzes, das von einem anfänglich fortschrittlichen Entwurf zu einem restriktiven Gesetz zur Verhinderung von Zuwanderung mutierte. Von dem umfassenden ADG-Entwurf von Däubler-Gmelin Anfang 2002 ist in den aktuellen Ansätzen des Bundesjustizministeriums und des Familienministeriums kaum etwas übrig. Bundesjustizministerin Zypries wird nicht müde zu betonen, dass im Privatrecht kaum Handlungsbedarf existiere. Am Ende wird voraussichtlich das Minimum der EU-Richtlinien als „ADG“ verkauft werden, wenn überhaupt. Verwunderlich wäre nicht, dass sich die Bundesregierung von einem Vertragsverletzungsverfahren der EU zum anderen bis zum Ende der Legislaturperiode hangelt, um einer Konfrontation mit mächtigen Lobbys aus dem Wege zu gehen – wie die der Versicherungsunternehmen, des Verbands der Hauseigentümer oder der Banken. Ohnehin sind hierzulande mit einem Antidiskriminierungsgesetz kein Blumentopf bzw. keine Wahlen zu gewinnen.

## Gemeinsam mit anderen Organisationen verschiedenster diskriminierter Bevölkerungsgruppen

Weiterhin engagieren wir uns in dem „BürgerInnenforum: Vielfalt statt Diskriminierung“, das zusammen mit der lesbian and gay liberation front (lgf) und dem Büro gegen Altersdiskriminierung aus Anlass der Umsetzung der EU-Richtlinien zur Antidiskriminierung in bundesdeutsches Recht ins Leben gerufen wurde. Mittlerweile nehmen daran 20 Organisationen verschiedenster diskriminierter Bevölkerungsgruppen teil. In diesem Rahmen haben wir u.a. alle Bundestagsabgeordneten und zuständige Bundesministerien angeschrieben und unsere gemeinsamen Forderungen für ein eigenständiges und umfassendes ADG formuliert.

Nach der Durchführung diverser Podiumsdiskussionen zum Thema – die letzte im Rahmen des CSD Köln im Mediapark mit verschiedenen Bundespolitikern – werden wir uns nun verstärkt auf kommunale und landesweite Umsetzungsmöglichkeiten konzentrieren. Denn die EU-Richtlinien besitzen Gültigkeit, auch wenn die Regierung sie nicht in nationales Gesetz umgesetzt hat. Sowohl die Stadt Köln sowie das Land NRW sind daher angehalten, die bestehenden Gesetze oder Verwaltungsvorschriften

entsprechend den EU-Richtlinien anzupassen. Die Stadtverwaltung Köln hat bereits Bereitschaft signalisiert, eine Antidiskriminierungsrichtlinie für die Verwaltung zu entwerfen.

## Netz der Antidiskriminierungsbüros in NRW

In Nordrhein-Westfalen existiert seit über sechs Jahren ein gut funktionierendes Netz von Antidiskriminierungsbüros, die teilweise von der Landesregierung finanziell unterstützt werden, darunter auch das ADB Köln. Im Mai 2004 fand ein Workshop mit VertreterInnen des Ministeriums für Gesundheit, Soziales, Frauen und Familie NRW, des Landeszentrum für Zuwanderung und der vom Land finanzierten Antidiskriminierungsstellen statt. Thema war die Weiterentwicklung der Antidiskriminierungsarbeit in NRW. Das Land NRW nimmt mit diesem Engagement bundesweit eine Vorreiterrolle im Bereich Antidiskriminierungsarbeit ein. Das ADB Köln hat auch die Broschüre „Leben ohne Rassismus – Antidiskriminierungsarbeit in NRW“ geschrieben, die von ARIC NRW herausgegeben wurde und die bei der ÖgG-Geschäftsstelle bestellt werden kann.



## Kooperation mit Migrantenselbstorganisationen

Die Formen der Zusammenarbeit mit der Community haben sich weiterentwickelt. Im Rahmen verschiedener Aktionen mit Organisationen vom „Afrikanisches Bündnis für Vernetzung und Integration NRW“ entstand u.a. die Idee einer Publikation über „Schwarze Deutsche“. Das ADB wird in seiner Beratungspraxis vermehrt mit Diskriminierung aufgrund der Hautfarbe konfrontiert. Die Aktualität des Themas spiegelt sich zwar in der individuellen Fallberatung wider, tatsächlich existieren bisher aber nur wenige Veröffentlichungen. Mit Hilfe dieser Publikation soll aufgezeigt werden, inwiefern Hautfarbe auch heute noch als Kriterium zur Beurteilung von Menschen dient.

Auf etwa 200-300 Seiten sollen in Form einer Artikelsammlung die verschiedenen Facetten von Hautfarbe, damit verbundene Rassismen und Verknüpfungen zur individuellen Identitätsentwicklung beleuchtet und öffentlich gemacht werden. Beiträge bekannter AutorInnen zu diesem Thema sowie Schwarzer Deutscher selbst werden eine Verbindung zwischen Theorie und Pra-



xis herstellen. Aufgrund der Themenvielfalt könnte die Publikation zu einem Standardwerk zu dieser Thematik werden.

## Weitere Publikationen

In Vorbereitung befindet sich ebenfalls eine Dokumentation, in der die Diskriminierungsvorfälle des ADB Köln erfasst, dokumentiert, ausgewertet und mediengerecht aufgearbeitet werden. Die Veröffentlichung ist bis Ende 2004 vorgesehen.

## Kooperationen im Hochschulbereich

Das ADB Köln intensivierte die Zusammenarbeit mit den ASten der FH und der Universität zu Köln sowie mit der Landes-ASten-Konferenz NRW. Im Rahmen dieser Kooperation kam es bereits zu mehreren gemeinsamen Veranstaltungen über Diskriminierung von ausländischen Studenten, Beratungspraxis bei Diskriminierung oder über die rechtliche Situation sowie die Möglichkeiten eines Antidiskriminierungsgesetzes.

Die Lehrpläne der Fachbereiche wie Sozialarbeit, Sozialpädagogik, Erziehungswissenschaften an den Hochschulen beinhalten teilweise thematische Bereiche wie interkulturelle Pädagogik, die Thematik Antidiskriminierung ist allerdings noch nicht verankert. Das ADB Köln hat das Ziel, die Inhalte und Methoden der Antidiskriminierungsarbeit als eine Einheit z.B. an der FH

Köln zu integrieren und bei Lehrveranstaltungen vorzustellen. Kontakte sind bereits vorhanden, erste Gespräche laufen an.

## Ausbildung von MultiplikatorInnen

Die Aus- bzw. Weiterbildung von MultiplikatorInnen in den Migrationsdiensten, Migrantenselbstorganisationen oder Wohlfahrtsverbänden hat sich verstärkt. Neben den Vorträgen auf Kongressen und öffentlichen Veranstaltungen bieten wir auch Workshops oder Seminare über Beratungsstandards/Methodik in der Antidiskriminierungsarbeit, über die rechtliche Handhabung bei Diskriminierungsfällen, das Antidiskriminierungsgesetz, die methodischen Unterschiede zwischen Antidiskriminierungsarbeit und Sozialberatung, Interkultureller Pädagogik oder Interkulturellem Konfliktmanagement. Mitte Juli fand ein Seminar bei der Caritas Remscheid statt, mit der Teilnahme weiterer Caritas Stellen aus NRW.

Das sind nur einige der Aspekte unserer Arbeit, ohne die laufenden Kooperationen und Vernetzungen zu nennen, wie die AG „Köln gegen Rassismus, Köln für ein Antidiskriminierungsgesetz jetzt!“ oder die Teilnahme an zahlreichen Gremien, wie u.a. der AK-Asyl, Flüchtlingsrat, Kölner Runder Tisch für Integration oder für Flüchtlingsfragen, dem Qualitätszirkel des Landeszentrum für Zuwanderung in Solingen oder dem AK-Migration des DPWV NRW.

Um dies alles zu bewältigen, können wir im Moment auch auf vier PraktikantInnen zählen, die uns mit juristischen bzw. sozialpädagogischen Fachkenntnissen aktiv und innovativ zur Seite stehen.

## Hilfestellung bei Diskriminierungsfällen

Eines der Haupttätigkeitsfelder ist die Einzelfallberatung bei Diskriminierungsfällen. Es geht dabei hauptsächlich um die Unterstützung von Betroffenen, die Kontaktaufnahme mit der Gegenseite, die Vermittlung zu anderen Organisationen und Personen, die professionelle Hilfestellung in bestimmten Situationen anbieten, und den Fall ggf. in die Öffentlichkeit bringen.

An dieser Stelle soll durch einen Fall unsere Tätigkeit kurz dargestellt werden: Nachdem einige marokkanische Studenten in eine Disco wiederholt nicht eingelassen worden sind (obwohl die deutschen Freundinnen ohne Problem Zutritt bekamen), wandten sie sich an unser ADB, um sich zu informieren, was man in diesem Fall machen könnte/sollte. Wir haben zusammen beschlossen, den Fall bei der Geschäftsleitung zu melden und ihre Reaktion zu erfahren. Die Geschäftsleitung reagierte mit einem Schreiben, in dem sie die Kriterien der Einlasspolitik schilderte. Es wurde darauf hingewiesen, dass „Nationalität“ oder „Hautfarbe“ bei ihrer Einlasspolitik keine Rolle spielen. Da es nach dem Briefwechsel wieder ähnliche Zutrittsverweigerungen gab, baten wir die Geschäftsleitung zwei Mal um ein Gespräch, an denen auch die Betroffenen teilnehmen sollten. Leider wurde darauf nicht eingegangen. Zusammen mit den Betroffenen entschieden wir uns, vor der betreffenden Disco eine Pressekonferenz mit den Betroffenen und Zeuginnen abzuhalten. Bei diesem Termin kam es endlich zum Gespräch zwischen der Geschäftsleitung und den Betroffenen, eine „Lösung“ konnte jedoch nicht erzielt werden. Doch wurde den Betroffenen durch die Berichter-



## Nicht mal EU-Niveau

*Kölner Bündnis für Antidiskriminierungsgesetz kritisiert langsame Umsetzung durch rot-grüne Bundesregierung*

Köln/taz. Das Kölner BürgerInnenforum ‚Vielfalt statt Diskriminierung‘ fordert die Bundesregierung auf, möglichst rasch ein Antidiskriminierungsgesetz zu verabschieden. Nach Auffassung des Forums soll ein solches Gesetz jegliche Diskriminierung nach Geschlecht, ethnischer und nationaler Herkunft, Hautfarbe, Religion, Behinderung, Alter, sexueller Identität verbieten – und zwar in allen zentralen Bereichen – öffentlicher Dienst, Dienstleistungen, Beruf und Gesundheitsversorgung. Außerdem fordert das Forum zur besseren Durchsetzung des Verbots abschreckende Sanktionen, eine Umkehr der Beweislast, Opfer- und Zeugenschutz sowie eine ‚positive Diskriminierung‘ als Ausgleich.

Allerdings ist Susanne Laaroussi vom Kölner Antidiskriminierungsbüro, das die Resolution mit verfasst hat, skeptisch, dass das Gesetz bald kommt, obwohl Deutschland eigentlich bereits bis Juli 2003 entsprechende EU-Richtlinien hätte durchsetzen müssen. Aber noch gibt es keine offizielle Beschwerde aus Brüssel – und nicht einmal die Grünen ‚nehmen das Thema wirklich Ernst‘, meint sie. Dabei sei das Gesetz dringend nötig: So höre das Antidiskriminierungsbüro immer wieder Klagen über rassistische Türsteher vor Kölner Diskotheken. Für Wirbel sorgte zu Jahresbeginn auch NetCologne mit der Ankündigung, keine Internetanschlüsse mehr für über 65-jährige anzubieten. Nach massivem Protest nahm die Firma dies jedoch zurück. (...)

*Susanne Gannott, taz NRW, 22.4.2004*



stattung der anwesenden Medien in der Öffentlichkeit Gehör verschafft. (Kölner Stadt Anzeiger, die tageszeitung, Frankfurter Rundschau und Radio WDR3)

## Kölner „Drei-Säulen-Modell“ in der Antidiskriminierungsarbeit

Seit einigen Jahren finanziert die Stadt Köln im Rahmen des sog. „Drei-Säulen-Modells“ die Zusammenarbeit des AntiDiskriminierungsBüros von ÖgG, dem Antidiskriminierungsbüro des Caritasverbandes und des Interkulturellen Referates der Stadt Köln mit dem Ziel, die Antidiskriminierungsarbeit in Köln zu stabilisieren, ein gemeinsames Intervenieren in bestimmten Fällen zu ermöglichen und um sich auf fachlicher Ebene auszutauschen. In der Untergruppe AG-Fallbesprechung werden die konkreten Probleme bei der Fallbearbeitung besprochen. Darüber hinaus werden die Probleme und Fragen beim Erfassen der Fälle, z.B. durch das Computer gestützte Aric-Dokumentationsprogramm, erörtert. Das Treffen findet in vier- bis sechswöchigem Rhythmus statt.

Die Beteiligten des Kölner „Drei-Säulen-Modell“ haben am 27. Mai 2004 ein Treffen unter dem Namen „AK Antidiskriminierungsarbeit in Köln“ initiiert. Das Ziel dieser Initiative ist in

erster Linie, die Antidiskriminierungsarbeit in Köln auf eine breitere Basis zu stellen, indem sich Institutionen vernetzen und austauschen, die sowohl direkt wie indirekt mit dem Thema zu tun haben.

An dem ersten Treffen beteiligten sich u.a. VertreterInnen der Ford Werke, des Jugendamtes, der AWO, der Polizei, der Interkulturellen Dienste und der RAA. Die relativ hohe TeilnehmerInnenzahl und die Vielfalt der Organisationen ermutigen die InitiatorenInnen für den weiteren Ausbau des Arbeitskreises. Das nächste Treffen wird im Herbst stattfinden.

## DGB-Migrationsausschuss

Unser ADB arbeitet seit mehr als einem Jahr mit dem DGB-Migrationsausschuss (früher: DGB-Ausländerausschuss) zusammen. Neben den gewerkschaftsbezogenen Migrationsthemen werden im Ausschuss auch allgemein-politische und aktuelle Ereignisse behandelt. Dieses Jahr werden u.a. folgende Themen im Migrationsausschuss behandelt: die Wahlen für den Interkulturellen Rat der Stadt Köln, das Zuwanderungsgesetz und das Antidiskriminierungsgesetz.

Susanne Laaroussi, Muharrem Açıkgoz

## Manche müssen draußen bleiben

*Noch nie ist Youssef mittwochs oder samstags ins „Ding“ gekommen. Immer weist ihn der Türsteher ab. Solche „diskriminierende Einlasspolitik“ häufe sich in Köln, klagt das AntiDiskriminierungsbüro*

Von Susanne Gannott

Dafür, dass es erst neun Uhr am Abend ist, ist die Schlange vor der Disco schon ganz beachtlich. Etwa 20 junge Partygänger drängeln um Einlass. Beim Studentenclub „Das Ding“ ist das auch gar nichts Besonderes: Der Club ist billig und entsprechend beliebt in Kölns Studentenkreisen.

An diesem Mittwoch steht der Einlassbereich unter besonderer Beobachtung. Das AntiDiskriminierungsbüro (ADB) hatte die Kölner Presse zu einer heimlichen „Vorführung“ an den Hohenstaufenring geladen, weil es den Club einer diskriminierenden Einlasspolitik verdächtigt. Also haben sich zu Demonstrationszwecken Youssef Elouadoudi und sein Kumpel in die Warteschlange eingereiht. Doch der Test misslingt: Wie alle anderen werden auch die beiden Marokkaner von der überaus freundlichen Frau an der Tür hineingelassen. Als sie nach fünf Minuten wieder herauskommen, umringt ein Pulk von Presseleuten, Freunden der „Testpersonen“ und Mitgliedern des ADB die Frau, die sich als Claudia Köller, ihres Zeichens eine der fünf Geschäftsführer des „Ding“, vorstellt. Offensichtlich ist die Disco auf den Rummel vorbereitet – leicht entnervt verteilt Köller eine Pressemitteilung an die Umstehenden und erklärt wieder und wieder, es sei „verleumderisch“ zu unterstellen, man würde gezielt Ausländer abweisen. (...) Fast verzweifelt wiederholt Köller, zu den Einlasskriterien gehöre



sicher nicht die Nationalität, und ihr Mann sekundiert: „Wir führen keine ‚Ausländerliste‘, das wäre wirklich menschenverachtend“. Bald kommt die Debatte an den toten Punkt: Beide Seiten wiederholen ihre Argumente, aber keine kann den anderen überzeugen.

Dass die Geschichte von Youssef und seinen Freunden stimmt, steht für Susanne Laaroussi vom ADB allerdings fest. Es gebe mehrere Zeugen für diesen Fall und auch weitere Beschwerden über das „Ding“. „Eine Studentin hat außerdem ausgesagt, dass an bestimmten Tagen überhaupt keine Ausländer mehr in dem Club sind“. Allerdings steht das „Ding“ mit dieser Einlasspolitik in Köln nicht alleine da, sagt Laaroussi. Auch über das „Herbrandts“, das „La Croque“ und das „Feez“ habe das ADB in letzter Zeit Beschwerden gehört.

Nach Laaroussis Beobachtung häufen sich solche Fälle von Diskriminierung phasenweise immer wieder. Und in den letzten Monaten sei „auffallend“, dass sich vermehrt Nordafrikaner und Araber beim ADB beschwerten. „Das hat mit der vorherrschenden politisch-gesellschaftlichen Stimmung zu tun“, glaubt sie. Die Art, in der in letzter Zeit über Zuwanderungsgesetz, Kopftuchstreit oder Terrorgefahr berichtet würde, lasse natürlich Vorurteile gegenüber bestimmten Bevölkerungsgruppen gedeihen.

Das aber sollen sich die Betroffenen nicht gefallen lassen, meint das ADB und will mit Aktionen wie der vor dem „Ding“ zu einem offenen Dialog anregen. Dazu scheint der Club allerdings nicht bereit: Wegen „Rufschädigung“ überlegt man sich juristische Schritte gegen das ADB. Das sieht Laaroussi gelassen und kontert, man werde die Beschwerde über das Ding an die EU-Kommission weiterleiten: als „repräsentativen Fall“.

taz Köln Nr. 7352 vom 7.5.2004



# Herkunft prägt Berufschancen

## Junge MigrantInnen beim Übergang von der Schule in den Ausbildungsmarkt

Unser dreijähriges Entimon-Projekt „Gleiche Bildungs- und Arbeitschancen für junge MigrantInnen“, das 2002 startete, befindet sich im letzten Jahr und beschäftigt sich in dieser Phase mit Erfahrungen ethnischer Diskriminierung von jungen MigrantInnen beim Übergang von der Schule in den Ausbildungsmarkt.

Seit Anfang diesen Jahres begleiten und betreuen wir an zwei Kalker Hauptschulen Jugendliche mit Migrationshintergrund, die sich im Prozess des Übergangs von der Schule in eine berufliche Erstausbildung befinden und im Juni nächsten Jahres (2005) die Schule verlassen werden.

Hierbei handelt es sich um ein außerschulisches Angebot, das die Zielgruppe darin unterstützt, eigene Kräfte zur Bekämpfung ihrer Diskriminierung beim Zugang zum Ausbildungsmarkt zu entwickeln und Ressourcen, die ihnen hierfür zur Verfügung stehen, zu nutzen. Wir zeigen Jugendlichen Möglichkeiten auf, welche Maßnahmen sie gegen Diskriminierung und diskriminierende Strukturen beim Zugang zum Ausbildungsmarkt ergreifen können, diskutieren mit ihnen Chancen und Schwierigkeiten der Umsetzung solcher Powerlessness Strategien und versuchen, sie z.B. anhand von Rollenspielen auf kritische Situationen beim Einstieg ins Berufsleben, etwa beim Vorstellungsgespräch, vorzubereiten. Wichtig ist es uns, im Gespräch mit den Jugendlichen ihre bisherigen Erfahrungen bei der Suche nach einem Ausbildungsplatz, ihre subjektiv wahrgenommenen Hindernisse beim Zugang zum Ausbildungsmarkt, aber auch die subjektive Einschätzung ihrer Chancen und Schwierigkeiten auf dem Ausbildungsmarkt und die Gründe für diese Einschätzung zu reflektieren.

Ein von den SchülerInnen selbst zu erstellendes Medium (z.B. ein Videofilm oder eine Fotoreportage) soll genau diese Erfahrungen, die Ängste, Gedanken und Frusterlebnisse von MigrantInnen beim Übergang von der Schule in den Ausbildungsmarkt dokumentieren und einer breiten Öffentlichkeit zugänglich machen. Jungen MigrantInnen fehlt oft die Möglichkeit, sich öffentlich und politisch Gehör zu verschaffen. Sie treten selten als „ExpertInnen in eigener Sache“ auf und bringen viel zu selten ihre Erfahrungen in die politische und öffentliche Diskussion ein. Daher ist es dringlicher denn je, diese Jugendliche darin zu unterstützen, ihre eigene Öffentlichkeitsarbeit zu entwickeln. Das geplante Projekt bietet ihnen die Gelegenheit zur medialen Artikulation ihrer Erfahrungen beim Übergang von der Schule in eine betriebliche Ausbildung.



Darüber hinaus unterstützen und beraten wir weiterhin zugewanderte Eltern bei Fragen zur schulischen Situation ihrer Kinder, bei Fragen hinsichtlich der Einweisung von Kindern in die Sonderschule für Lernbehinderte und bei Fragen zu Übergangsempfehlungen oder zur Schulformwahl.

Die im Rahmen unseres Entimon-Projektes entstandene Publikation „Herkunft prägt Bildungschancen“ kann bei Interesse in der Geschäftsstelle des Vereins angefordert werden. Die Dokumentation fasst unsere Erfahrungen und Resultate aus der ersten Phase des Projektes zusammen, in der u.a. die vermehrte Überweisung von Kindern und Jugendlichen aus Zuwandererfamilien in die Sonderschule für Lernbehinderte und der Übergang junger MigrantInnen von der Grundschule in die weiterführenden Schulen untersucht wurde. Die weiteren Schwerpunkte unserer Projektarbeit können Sie dem abgebildeten Inhaltsverzeichnis der Dokumentation entnehmen.

Banu Bambal



### Inhalt

1.	Einleitung	.....S. 4
2.	Zum Begriff der Diskriminierung im Bildungswesen	.....S. 8
2.1	Artikel 3 des Grundgesetzes:	
	Deutsche und nicht-deutsche Rechte	
2.2	Die Europäische Union gibt eine klare Definition von Diskriminierung – auch im Bildungsbereich	
3.	Herkunft prägt Bildungschancen	.....S. 11
4.	Bildungschancen junger MigrantInnen in Köln	.....S. 14
4.1	Reaktionen Kölner Parteien auf PISA	
4.2	Einschulung in die Grundschule – Bereits die ersten Sprossen brechen auf der Bildungsleiter	
4.3	Überweisung in eine Sonderschule für Lernbehinderte – Förderung oder Sackgasse?	
4.3.1	Testverfahren zur Feststellung des sonderpädagogischen Förderbedarfs – Kultur- und sprachunabhängig?	
4.3.2	Sonderschule für Lernbehinderte – ein geeigneter Förderort?	
4.3.3	Die Durchlässigkeit des deutschen Schulsystems: Nur nach unten!	
4.4	Alle Wege führen nach Rom? – Übergang in einen der Sekundarschulzweige	
4.4.1	Die Geschichte von Ibrahim: „Zuverlässig, gute Leistung“ und trotzdem Hauptschule	
4.4.2	Die Absurditäten des deutschen Schulsystems	
4.5	Die Geschichte von Lale: Das gefährliche Schulkarussell	
5.	Eltern, die wegbleiben, vermitteln eine Botschaft – Der Umgang deutscher Schulen mit zugewanderten Eltern	...S. 31
6.	Zusammenfassung	.....S. 32
7.	Handlungserfordernisse	.....S. 33

Das Angebot des AntiDiskriminierungsbüro (ADB) Köln/ÖgG



# Anschlag gegen die ganze Keupstraße!

Wir, alle Keupstraßen-Bewohner sind von diesem schrecklichen Anschlag überwältigt worden. Während die Bewohner noch geschockt und wie gelähmt waren nach dieser menschenverachtenden Tat, schossen von allen Seiten die ersten Vermutungen wie Pilze aus dem Boden, wer denn hinter dem Anschlag stand. Für die Polizei war es von Anfang an ein Bandenkrieg, ein Streit zwischen Türken und Kurden oder ein Racheakt. Für Otto Schily und den Verfassungsschutz handelte es sich selbstredend um eine Tat im kriminellen Milieu. Auf welcher Grundlage denn? Bis heute liegen noch keinerlei Erkenntnisse vor. Alles waren Vermutungen, mit großer Sicherheit allerdings schlossen Polizei und der Innenminister explizit fremdenfeindliche Motive von Anfang an aus.

Die meisten Medien verstreuten in der ganzen Republik diese Vermutungen, als seien sie schon bare Münze. Sowohl die Politik als auch die Berichterstattung bediente sich flugs aller möglichen Klischees für die Erklärung, warum gerade die Bombe in der Keupstraße explodierte. Die Polizei habe die Keupstraße auf dem Stadtplan dick unterstrichen wegen „illegaler Geschäfte um Glücksspiel, Schutzgeld-Erpressungen, immer wieder Drogen, und Machtkämpfe zwischen türkischen und kurdischen Banden“ (Kölner Stadtanzeiger, 10.6.2004) und die Keupstraße wurde zur „Hochburg der PKK“ deklariert. Diese willkürlichen Behauptungen allerdings setzen sich in den Köpfen der Menschen fest. Damit werden die Bewohner der Keupstraße doppelt gepeinigt: Zuerst die Bombe, dann die Stigmatisierung des gesamten Viertels.

Die Berichterstattung ethnisierte auch von vornherein den grausamen Anschlag. Man sprach von „Türken“ und „Kurden“, aus Opfern wurden potentielle Täter gemacht. Diese Herangehensweise führt gerade dazu, die Bewohner auseinander zu

dividieren und Konflikte zu schüren. Das alles wieder zurecht zu rücken, wird viel Engagement, Energie und Zeit kosten.

Aber wen kümmert's! Der Oberbürgermeister zeigte kaum Präsenz am Unglücksort. Die Stadt Köln hat die Keupstraße ohnehin immer stiefmütterlich behandelt, was auf einer Pressekonferenz von Anwohnern deutlich beklagt wurde. Und das, obwohl die Keupstraße als lebendige Einkaufsstraße über Köln hinaus bekannt ist. Wäre der Anschlag in einem „besseren“ Viertel passiert, dann wären solche stigmatisierenden Spekulationen nicht aus dem Kraut geschossen. Wir aus der Keupstraße vermissen die Solidarität der Politik, der Öffentlichkeit und der gesamten Kölner Bevölkerung.

Die Berichtersterter und Politiker konzentrierten sich fast ausschließlich auf die mutmaßlichen Täter. Die Opfer und die Sichtweise der Bewohner blieben außen vor. Diese Perspektive ist nicht neu. Hätte man nur einmal ernsthaft den Straßenbewohnern zugehört, dann wären solche Klischees erst gar nicht in die Welt gesetzt worden. Denn wir alle, die hier leben und arbeiten, wissen, dass hier eine friedlichen Atmosphäre herrscht und kein krimineller Bandenkrieg stattfindet. Viele Anwohner suchen auch nach Erklärungen, die sich aus der „Opferperspektive“ ergeben. Die Methode macht deutlich, dass es ein Anschlag nicht gegen eine einzelne Person sondern gegen die Keupstraße insgesamt war. Hier wird auf Grund dessen nicht so voreilig – wie von Polizei und Innenminister – der Verdacht auf einen rechtsextremistischen Anschlag ausgeschlossen. Nun nimmt zumindest die Staatsanwaltschaft ein fremdenfeindliches Motiv endlich ernst. „Wer gezielt einen Denkmittel verpassen will, geht anders vor“, betont Oberstaatsanwalt Rainer Wolf. Nach seinen Aussagen sind ein politisches Motiv und ein Einzeltäter mit möglichen rechtsradikalen Thesen nicht mehr ausgeschlossen.

Wichtiger denn je ist es jetzt, unsere Solidarität als Anwohner, Geschäftsinhaber oder als im Viertel Arbeitende zu stärken, um dem Ansturm von abwertenden Vermutungen zu trotzen.

Wir sollten in regelmäßigen Versammlungen, an einem für alle zugänglichen Ort, solidarisch über das weitere Vorgehen entscheiden.

*Das ÖgG-Team aus der  
Keupstraße 93*



*Mahnwache in der Keupstraße  
am 18. Juni*



# Solidaritäts- fest der Keupstraße gegen Hass und Gewalt

Am 11. Juli 2004 feierten rund 20.000 Menschen zusammen mit den AnwohnerInnen der Keupstraße ein Solidaritätsfest. Vor mehr als vier Wochen, am 9. Juni, explodierte hier eine Nagelbombe und 22 Menschen wurden teilweise schwer verletzt (siehe Stellungnahme von ÖgG auf Seite 6). Bis jetzt wurde noch kein Täter dingfest gemacht. Viele BesucherInnen wollten nicht nur feiern, sondern auch ihre Solidarität zeigen. Und die braucht das Viertel auch nötig.

Seit dem Anschlag vom 9. Juni sind kaum noch Kunden in die Geschäfte, Restaurants oder Imbisse gekommen, so dass viele Betriebe in ihrer Existenz gefährdet sind. Das hatte auch mit dem negativen Image zu tun, das teilweise von den Medien verbreitet wurde. Das Bild der Straße in der Öffentlichkeit sollte durch das Straßenfest wieder zurecht gerückt werden. Und das ist gelungen! Die gute Stimmung hielt ununterbrochen den ganzen Tag.

Händler und Kaufleute hatte am Straßenrand ihre Stände aufgestellt – vom Handy bis zum Döner wurde alles Erdenkliche, insbesondere aber auch kulinarische Köstlichkeiten angeboten. Zwei Bühnen an jedem Ende der Straße, mit türkischen und deutschen Künstlern wie Bläck Föös oder Eko Fresh, der mit seinen „German-Dream-Allstars“ rappte.

Oberbürgermeister Schramma bezeugte seine Solidarität mit den Worten „Wir sind für immer zusammen“, übergab einen Scheck über 3500 Euro für die Opfer des Anschlags und ließ zusammen mit dem türkischen Generalkonsul weiße Tauben fliegen. Auch von der Politik und der kommunalen Verwaltung zeigten viele durch ihre Anwesenheit und Gespräche mit den AnwohnerInnen ihre Solidarität, wie der SPD-Landtagsabgeordnete Marc-Jan Eumann, die Kölner Sozialdezernentin Marlis Bredehorst, die Leiterin des Interkulturellen Referats Ina-Beate Fohlmeister, der Vorsitzende der Landesarbeitsgemeinschaft der Migrantenvertretungen und stv. Vorsitzender des Kölner Ausländerbeirates Tayfun Keltok.



Malwettbewerb: Jedes Bild wurde prämiert

Kinderschminken am Stand von ÖgG

ÖgG war seit Beginn der Vorbereitungen an der Organisation des Straßenfestes aktiv beteiligt. In Rücksprache mit den AnwohnerInnen und Geschäftsleuten realisierten wir die Herstellung von T-Shirts, auf denen mit großen Lettern stand „Gegen Hass und Gewalt“. Wir konnten der Nachfrage bald nicht mehr nachkommen und haben bereits eine lange Bestellliste. Für die Kinder der Keupstraße organisierte ÖgG mit Unterstützung der Nachbarinnen eine Malaktion im doppel-

ten Sinne: Sie konnten sich von uns schminken lassen und konnten selbst ein Bild malen und einen der über 20 gespendeten Preise gewinnen. Die ersten sechs Gewinner bekamen von Oberbürgermeister Fritz Schramma und der ÖgG-Vorsitzenden Gerburg Beneker ihre Preise übergeben. Herr Schramma dankte ÖgG herzlich für die tolle Aktion: Es sei richtig gewesen, den Kindern über die Bildsprache eine Möglichkeit zu geben, Betroffenheit und Furcht auszudrücken und sich eine bessere Zukunft zu malen. Oberbürgermeister Schramma schlug vor, im nächsten Jahr wieder ein solches Fest zu feiern und eine Tradition zu begründen.

Besonderer Dank gilt den KünstlerInnen, die auf ihre Gage verzichteten und das Fest unterstützten. Die BewohnerInnen der Keupstraße, die VeranstalterInnen und BesucherInnen des Festes zeigten sich solidarisch und setzten ein deutliches Signal gegen Hass und Gewalt.

Insofern kann das Fest auch als Widerstand gegen voreilige Zuschreibung verstanden werden, die die Straße und deren BewohnerInnen letztlich nur stigmatisieren.

## Heinz Humbach 1928 – 2004

Wir haben einen Freund verloren. Aufgewachsen in einer Kölner Arbeiterfamilie, war Heinz Humbach schon als Jugendlicher im kommunistischen Widerstand und hat, nach Gestapohaft und Folter, sein den Nazis knapp entronnenes Leben lang gegen Unterdrückung und Ungerechtigkeit gekämpft.

Schon Jahre vorher im Kölner Bündnis gegen Rechts, schloss er sich ohne Zögern 2001 dem Aufruf von ÖgG zur Großdemonstration des Bündnisses „Köln stellt sich quer“ gegen einen Aufmarsch von Neonazis an. Es gab viele Berührungspunkte zwischen ÖgG und Heinz Humbach. Er lebte uns den wirklichen Aufstand der Anständigen vor, lange bevor unter diesem Namen ein offizieller Aufruf erfolgte, lange bevor rechtsextremistische Übergriffe auf Nichtdeutsche mit ihrer Schädigung des deutschen Ansehens im Ausland die Bundesregierung auf den Plan rief.

Heinz Humbach starb am 20. Juni nach schwerer Krankheit. Er hinterlässt eine große Lücke in Köln. Reiner Bernstein hob bei der Trauerfeier im EL-DE-Haus hervor, dass Heinz immer geeint und nicht gespalten habe und Rolli Brings erinnerte daran, dass er ganz sicher am Keupstraßenfest teilgenommen hätte. Also gehen wir hin, wie auch sonst immer dahin, wo unsere Solidarität gefordert ist. Es wird viel zu tun geben, um dem Gedächtnis an Heinz Humbachs aufrechtes und anständiges Vorbild gerecht zu werden.

*Gabriele Metzner*

-----  
**Möchten Sie über den E-mail Verteiler über unsere Arbeit auf dem Laufenden gehalten werden?  
Haben Sie Interesse an ehrenamtlicher Mitarbeit?  
Stimmt Ihre Anschrift noch?**

- Ich möchte in den regelmäßigen e-mail Verteiler aufgenommen werden.  
Besonders interessiert bin ich an Informationen zu folgenden Themen:

.....

Die e-mail-Adresse lautet:

.....

- Ich interessiere mich für eine ehrenamtliche Mitarbeit in den Bereichen:

.....

Möchten Sie uns etwas mitteilen, Kritik üben, Anregungen geben? Hier ist Raum dafür:

.....

**Absender:**

.....

.....

**Bitte dieses Blatt an das ÖgG-Büro schicken oder faxen.**

**Öffentlichkeit gegen Gewalt e.V.**  
**Keupstr. 93, 51063 Köln**

Telefon: 0221 - 510 18 47  
Telefax: 0221 - 952 11 26  
e-mail: oegg@netcologne.de  
Internet: <http://www.oegg.de>



**Bürozeiten:**  
Montag - Donnerstag 10 - 16 Uhr  
Freitag 10 - 13 Uhr

**Spendenkonto:**  
Kontonummer: 300 20 37,  
BLZ: 370 501 98, Stadtparkasse Köln